



informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Nummer 51 | Sommer 2016

Eskalation rechter Gewalt und ihre Folgen

- Seite 3:** Vor Gericht I: Erneute Bewährungsstrafe für Überzeugungstäter vor Amtsgericht Merseburg
- Seite 4:** Vor Gericht II: Unzureichende Strafverfolgung nach rassistischem Gruppenangriff in Halle (S.)
- Seite 6:** Interview mit der Projektleitung der Mobilen Opferberatung über die Verdopplung rechter Gewalt und ihre Folgen
- Seite 9:** Vor Ort: Rechte Gewalt in Burg eskaliert
- Seite 10:** Jahresbilanz der Mobilen Opferberatung 2015: Doppelt so viele Angriffe wie im Vorjahr
- Seite 12:** Filmtipp: „Der Kuaför aus der Keupstraße“
Lesetipp: Glossar diskriminierungssensibler Sprache

▶ beraten ◀ ▲ unterstützen ▲ intervenieren ▶▶

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie und Ihr diesen Newsletter in der Hand haltet, dann jährt sich der Mord an Hans-Joachim Sbrzesny zum achten Mal: Der 50-Jährige war am 1. August 2008 unweit vom Dessauer Hauptbahnhof im Schlaf auf einer Parkbank von zwei Neonazis ermordet worden. Der 16. Jahrestag der Ermordung von Alberto Adriano im Stadtpark von Dessau liegt hingegen schon einige Wochen zurück. Am 11. Juni 2000 traf der 39-Jährige auf dem Heimweg von einem gemeinsamen Fernsehabend mit Freunden auf drei Neonazis. Die Männer hatten sich zuvor mit den rassistischen Liedern der Neonaziband „Landser“ aufgeputzt und waren auf der Suche nach potenziellen Opfern durch Dessau gezogen. Alberto Adriano, Vater von drei Kindern und Fleischermeister, hatte keine Chance. Am Ende der Gewaltorgie lag er bewusstlos unter einem Baum in Stadtpark. Drei Tage später starb er an den Folgen der schweren Verletzungen. Der Mord an Alberto Adriano war damals einer der zentralen Auslöser für den so genannten „Aufstand der Anständigen“. ■ 16 Jahre später brennen in Ost- und West-Deutschland wieder geplante und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte, zünden organisierte Neonazis ebenso wie rassistische Gelegenheitstäter Sprengstoff vor Wohnungen oder unter Autos politischer Gegner_innen, werden Kommunalpolitiker_innen mit dem Tod bedroht, wenn sie sich für Geflüchtete einsetzen und gehören rassistische Beschimpfungen und Hetze für viele Geflüchtete zu einem bedrohlichen Alltag zwischen Sammelunterkünften, ungewisser Zukunft und Angst vor dem Nachhauseweg vom Deutschunterricht oder dem Einkauf im nächsten Supermarkt. ■ Knapp 1.500 Fälle rechter und rassistischer Gewalt haben die unabhängigen Opferberatungsprojekte alleine in acht Bundesländern im vergangenen Jahr registriert. Die Bilanz der Mobilen Opferberatung für das Jahr 2015 (siehe S. 10 & 11) macht das flächendeckende Ausmaß der Gewalt und Bedrohung auch in Sachsen-Anhalt erschreckend deutlich. Mit der faktischen Verdoppelung der Angriffszahlen im Vergleich zum Vorjahr geht aber auch eine Herausforderung für die Arbeit der Mobilen Opferberatung einher, die das Team seit Monaten an die Grenzen des Möglichen bringt. Aus diesem Grund erhalten Sie und erhaltet Ihr erst jetzt die erste Ausgabe der „informationen“ in diesem Jahr. Wie sich die Steigerung der Angriffszahlen ganz konkret auf die Arbeit des Projekts auswirkt, könnt Ihr und können Sie in einem Interview ab S. 6 nachlesen. ■ Ein neuer „Aufstand der Anständigen“, der die positiven Aspekte des „Sommers des Willkommens“ aufgreift und verteidigt, fehlt bislang. Umso mehr hoffen und setzen wir darauf, dass Sie und Ihr die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt und die Arbeit unseres Projektes weiterhin solidarisch begleitet.

Das Team der Mobilen Opferberatung

Die **informationen** der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen etwa vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die **informationen** können auch per Email bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion: Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.), Heike Kleffner

Gestaltung: Edition Krannich Druck: Druckzuck (Halle/Saale)

Titelfoto: geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz (Burgenlandkreis)

nach dem Brandanschlag am 4. April 2015 (Foto: Mario Bialek)



getragen von:



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit und Soziales



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

VOR RICHTER I:

BEWÄHRUNGSSTRAFE FÜR WIEDERHOLUNGSTÄTER VOR AMTSGERICHT MERSEBURG

Eineinhalb Jahre nach einem rassistisch motivierten Angriff auf Geflüchtete in der Burgenlandbahn verurteilte das Amtsgericht Merseburg im Mai 2016 den mehrfach einschlägig wegen Gewalt- und Propagandadelikten vorbestraften Brian D. erneut zu einer Bewährungsstrafe. Er war erst drei Monate vor dem Angriff auf Bewährung aus der Haft entlassen worden, nachdem er eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und neun Monaten abgesessen hatte.

Der erste Versuch einer strafrechtlichen Aufarbeitung scheiterte im Dezember 2015, weil der heute 26-Jährige so alkoholisiert vor Gericht erschien, dass der Richter sich weigerte, die Verhandlung zu eröffnen. Beim zweiten Anlauf provozierte Brian D. erneut: Er erschien nur mit einem Tank-Top im Gerichtssaal und zog sich dann nach Aufforderung des Richters einen Pullover der bei Rechten beliebten Marke „Yakuza“ über. Mit dabei: Acht Neonazis, die ebenso offen wie Brian D. ihre rechte Gesinnung u.a. durch Thor-Steinar-Kleidung zur Schau stellten und die Aussage des Nebenklägers lautstark kommentierten.

RASSISTISCHE ZUSCHREIBUNGEN

Trotz der feindseligen Atmosphäre schilderte der heute 24-jährige Geflüchtete Djibril B. (Name geändert) aus Guinea-Bissau, wie er am 24. November 2014 mit einem Bekannten mit dem Zug unterwegs nach Krumpa in die dortige Gemeinschaftsunterkunft war, als sein Begleiter plötzlich von dem Angeklagten angespuckt wurde. Daraufhin habe eine Zugbegleiterin ihn und seinen Freund zum Sitzplatzwechsel aufgefordert. Als sich der 24-Jährige dann wenig später zum Aussteigen an die Waggon-tür stellte, habe der Angeklagte ihn geschubst und rassistisch beleidigt. Dann habe Brian D. ihm plötzlich so hart ins Gesicht geschlagen, dass seine Nase stark zu bluten begann. Noch heute hat Djibril B. Angst, mit der Bahn zu fahren.

Der zum Tatzeitpunkt mit 2,4 Promille erheblich alkoholisierte Angeklagte gab lediglich zu, einen der Geflüchteten ins Gesicht gespuckt zu haben und behauptete dann in klassischer Täter-Opfer-Umkehr, der Nebenkläger habe ihn zuerst angegriffen, deshalb habe er sich verteidigt. Er habe sich damals beschwert, dass einer der beiden Geflüchteten keine Fahrkarte gehabt hätte. Auf die Frage nach dem Grund fürs Anspucken antwortete Brian D., er habe die Person „herabwürdigen“ wollen. Er habe sich angegriffen gefühlt, weil er arbeiten müsse und „der stellt sich hin und sagt ich kriege sowieso alles bezahlt.“ Die Zugbegleiterin versicherte als Zeugin jedoch, dass alle Personen im Zug gültige Tickets hatten.

28. FEBRUAR HALLE (SAALE)

Unbekannte zünden nachts gegen 1 Uhr einen direkt vor dem alternativen Projektheus "HaSi" in der Hafestraße 7 von einem Besucher abgestellten Transporter an. Nur durch Zufall wurde der Brand schnell entdeckt, sodass das Feuer umgehend gelöscht werden konnte. In der Nacht vor dem Brandanschlag waren zwei in der Hafestraße abgestellte Transporter mit Hakenkreuzen beschmiert worden.

9. MÄRZ HALLE (SAALE)

Nach einer öffentlichen Aktion der sog. Identitären Bewegung auf dem Markplatz versucht einer der Neonazis, einen Beobachter daran zu hindern, ihnen in eine Straßenbahn zu folgen. Als weitere Fahrgäste zusteigen, kündigt der Rechte an, den Studenten an der nächsten Haltestelle aus der Bahn zu drängen und ruft eine weitere Person aus seiner Gruppe zu sich. An der Haltestelle Franckeplatz versucht der Neonazi dann, den Betroffenen aus der Bahn zu treten und zu zeren. Als mehrere Passanten einschreiten und die Polizei alarmieren, lässt der Angreifer von dem 25-Jährigen ab und die rechte Gruppe verläßt die Bahn. Dem Betroffenen und weiteren Zeugen gelingt es, die Gruppe zu verfolgen, sodass vor Ort eintreffende Polizeibeamte kurz darauf die Personalien des Angreifers aufnehmen können.

29. MÄRZ HALLE (SAALE)

Ein alkoholisierter Mann beleidigt gegen 18 Uhr an der S-Bahnhaltestelle am Hauptbahnhof lautstark drei Frauen rassistisch. Daraufhin stellen sich mehrere Reisende schützend vor die Frauen. Als ein 37-Jähriger den Unbekannten auffordert aufzuhören, versucht ihm der Mann ins Gesicht zu schlagen. Der Betroffene kann ausweichen, sodass ihn die Faust nur leicht streift. Als die von Zeug_innen alarmierten Bundespolizisten eintreffen, reagiert der Angreifer sofort aggressiv und muss gefesselt werden, um weitere körperliche Attacken zu verhindern.

1. APRIL BURG (JERICHOWER LAND)

Nachmittags geht ein 23-jähriger Alternativer mit seinem Hund spazieren, als plötzlich ein Auto auf seiner Höhe hält und ein stark tätowierter Mann aussteigt. Mit der Aufforderung "Ey, Du hässliche Zecke, warte mal!" spuckt er den 23-Jährigen an. Dann schlägt der Angreifer dem Betroffenen mehrmals in die Rippen und beschuldigt ihn, eine rechte Demonstration fotografiert zu haben. Als andere Autofahrer anhalten, flüchtet der Angreifer mit seinem Wagen. Der Betroffene erleidet zwei Rippenbrüche.

1. APRIL HALLE (SAALE)

Eine Gruppe von Punks wird in der Nähe des Hauptbahnhofs kurz nach 19 Uhr von mehreren Rechten umstellt, als "Scheiß Zecken" beschimpft und angegriffen. Mindestens fünf der Punks werden verletzt. Der Polizei gelingt es noch in Tatortnähe, sieben Verdächtige festzustellen.

„KEINE WELTBEWEGENDEN VORGÄNGE“

In seinem Plädoyer bewertete Staatsanwalt Hübner die rassistische Beleidigung, die Brian D. bis zuletzt abtritt, als strafschärfend. Strafmildernd sei demgegenüber der zeitliche Abstand zwischen Angriff und Verhandlung zu berücksichtigen. Deshalb könne die von ihm geforderte Freiheitsstrafe erneut zur Bewährung ausgesetzt werden. Damit folgte er auch der günstigen Sozialprognose für Brian D. durch dessen Bewährungshelferin.

Demgegenüber wies die Anwältin des Betroffenen in ihrem Plädoyer auf die im Gerichtszahl erneut zutage getretenen rassistischen Zuschreibungen und die langanhaltenden psychischen Folgen rassistischer Gewalt hin. Die lange Verfahrensdauer kritisierte sie als Ermunterung für den Angeklagten und seine Unterstützer_innen.

Das Amtsgericht Merseburg verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung und Körperverletzung zu einer neunmonatigen Gesamtfreiheitsstrafe, die aufgrund der lediglich „marginalen“ Verletzungen des Nebenklägers erneut zur Bewährung ausgesetzt wurde. Zudem muss der Angeklagte 80 Stunden gemeinnütziger Arbeit leisten sowie an einem Antiaggressionstraining und einem ambulanten Alkoholentzug teilnehmen. In der mündlichen Urteilsbegründung sagte Richter Mertens, es habe sich in diesem Verfahren um „keine weltbewegenden Vorgänge“ gehandelt. Ob rassistische Beleidigungen gefallen seien, sei für ihn zudem nicht deutlich geworden. ■

VOR RICHTER II:

UNZUREICHENDE STRAF- VERFOLGUNG IN HALLE (S.)

Mehr als drei Jahre musste der südafrikanische Musiker Sifiso M. (Name geändert) auf den Prozess am Schöffengericht Halle (Saale) gegen lediglich einen von mehreren Angreifern warten, die ihn am Neujahrmorgen 2013 schwer verletzt hatten. Auf einer privaten Silvesterfeier in Halle (Saale) war der heute 38-Jährige rassistisch beleidigt worden. Weil seine Beschwerde darüber ignoriert wurde, wollte er die Wohnung verlassen. Noch an der Tür wurde er von mehreren Angreifern, die sich zum Teil verummmt hatten, u.a. mit Reizgas attackiert. Sifiso M. versuchte zu fliehen, wurde aber so massiv weiter geschlagen und getreten, dass er kurzzeitig das Bewusstsein verlor. Mit blutenden Kopfplatzwunden gelang es ihm schließlich, die nahe gelegene Polizeidirektion zu erreichen. Er musste ambulant im Krankenhaus behandelt werden und verlor durch den Angriff vier Vorderzähne.

Die Polizei setzte zwar noch am Neujahrmorgen einen Spürhund ein, der die Tatwohnung auch fand. Doch die Beamten begnügten sich damit, lediglich die Personalien der dort Anwesenden aufzunehmen. Und

das, obwohl diese ganz offensichtlich zu Unrecht abstritten, den Verletzten überhaupt zu kennen.

Die Staatsanwaltschaft Halle fertigte dann im September 2013 eine lückenhafte Anklage gegen einen zur Tatzeit 23-Jährigen: Weder ging sie von einer gemeinschaftlich begangenen Tat aus noch wurde die rassistische Beleidigung mitangeklagt, obwohl der Betroffene einen Strafantrag gestellt hatte. Ein erster Prozess vor dem Amtsgericht platzte dann Ende Juli 2014 wegen Zeitmangels des Richters nach einem Tag.

Vor dem erneuten Prozessbeginn im April 2016 gegen den heute 26-Jährigen, der von dem bekannten Neonaziverteidiger Thomas Jauch vertreten wurde, stand das Ergebnis nach einem Rechtsgespräch bereits so gut wie fest. Wie der Richter zu Beginn der Verhandlung erläuterte, sei sein im ersten Prozess zuständiger Kollege erkrankt und ihm aufgrund der langen Verfahrensdauer daran gelegen, eine einvernehmliche Verständigung herbeizuführen. Der „Deal“: Für den Fall eines Geständnisses eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr, die unter Zahlungsaufgabe an den Geschädigten zur Bewährung ausgesetzt werden könne.

KEINE UMFÄNGLICHE AUFKLÄRUNG

Die nachfolgende Anklageverlesung gab lediglich einen Ausschnitt aus dem traumatischen Geschehen wider: Der Angeklagte sei nach rassistischer Beschimpfung morgens gegen 8:20 Uhr mit einer Bierflasche auf Sifiso M. losgegangen, als dieser versehentlich dessen Schuhe anzog. Zwar bestätigte der Angeklagte lapidar, dass sich der Sachverhalt so zugegetragen habe. Allerdings sei er der Meinung gewesen, der Geschädigte hätte ein Messer in der Hand gehabt, wogegen er sich hätte verteidigen müssen. Nach Ermahnung seines Verteidigers, dass auch eine Entschuldigung Teil des Deals sei, erledigte dies der Angeklagte mit einem Satz, bestritt aber zunächst – bis zur Erinnerung der Nebenklägervertreterin an sein Geständnis im ersten Prozess – die rassistische Beleidigung.

Im geplatzten Prozess hatte Sifiso M. u.a. von anhaltenden Flashbacks, Angstzuständen und Schlafstörungen berichtet. Seine Rechtsanwältin kritisierte die unzureichenden Ermittlungen der Polizei und betonte, dass mehrere Personen ihrem Mandanten die massiven Verletzungen zugefügt hätten. Die Einlassung des Angeklagten sei ein „Geständnis zweiter Klasse“, da er sich geweigert habe, die Namen der weiteren Beteiligten zu nennen.

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten schließlich wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe. In seiner Begründung stimmte der Richter der Nebenklage zu, dass die Verletzungen dem Angeklagten nicht alleine zuzurechnen seien. Das müsse anderweitig aufgeklärt werden. Zudem müsse es für die lange Verfahrensdauer einen „Abschlag“ geben. Es stehe auch fest, dass das „schlimme Wort“ gefallen sei. Da aber die Anklage Basis für das Urteil sei, habe die rassistische Beleidigung keinen Einfluss auf das Strafmaß. ■

4. APRIL QUEDLINBURG (HARZ)

Ein 16-jähriger Jugendlicher beleidigt zwei 17-jährige syrische Geflüchtete gegen 19 Uhr an einer Bushaltestelle als „Scheiß Ausländer“. Dann schlägt der 16-Jährige einem der Geflüchteten ins Gesicht. Der polizeiliche Staatschutz ermittelt.

9. APRIL MAGDEBURG

Während einer Demonstration der rechten Hooligan-Organisation „Gemeinsam-Stark Deutschland“ (GSD) werden Journalist_innen von Demonstrationsteilnehmern geschlagen und beleidigt.

15. APRIL OSCHERSLEBEN (BÖRDE)

Gegen 21 Uhr greifen drei dunkel gekleidete Männer einen 27-Jährigen aus Benin an. Die Unbekannten stoßen den Betroffenen zu Boden und schlagen auf ihn ein. Der verletzte 27-Jährige wird in ein Krankenhaus eingeliefert. Der polizeiliche Staatschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

Aufgrund der anhaltenden traumatischen Folgen dieses und weiterer rassistischer Angriffe will Sifiso M. Deutschland verlassen. Hierfür werden weiterhin dringend Spenden benötigt. Der Aufruf der Mobilen Opferberatung ist unter www.mobilenopferberatung.de/zu finden.

22. APRIL HALLE (SAALE)

Ein 32-Jähriger beleidigt gegen 18 Uhr auf dem Marktplatz einen Schwarzen und zeigt den sogenannten Hitlergruß. Dann prügelt der Mann auf einen Passanten ein, der ihn zum Aufhören aufgefordert hatte. Der Betroffene verliert durch die Schläge ins Gesicht u.a. einen Schneidezahn.

23. APRIL HALLE (SAALE)

Kurz nach Mitternacht treten Unbekannte die Wohnungstür einer alternativen Wohngemeinschaft ein. Zehn Angreifer stürmen unter "Scheiß Zecken"-Rufen in die Zimmer der Schlafenden, zerren drei junge Männer aus ihren Betten und schlagen und treten auf sie ein. Ein Punk erleidet Stichverletzungen am Rücken und am Arm, ein weiterer muss u.a. mit Gesichtsverletzungen stationär behandelt werden. Ein Red-Skin trägt diverse Hämatome an Kopf und Oberkörper davon. Zwei junge Frauen werden nicht attackiert, erleiden aber einen Schock. Bevor die Angreifer flüchten, verwüsten sie die Wohnung und nehmen u.a. eine Che-Guevara-Fahne als Trophäe mit.

4. MAI NIENBURG (SALZLANDKREIS)

Gegen 21:20 Uhr wird ein 29-jähriger Kurde in einem Dönerimbiss von einem Mann rassistisch beleidigt und körperlich attackiert. Als der Angreifer des Ladens verwiesen wird, kommen zwei weitere Männer hinzu und schlagen vor der Tür auf den 29-Jährigen ein.

„DIE HERAUSFORDERUNG IST KAUM NOCH ZU BEWÄLTIGEN“

Zum Halbjahr 2016 ziehen Antje Arndt und Zissi Saueremann als Projektleiter_innen der Mobilen Opferberatung eine alarmierende Bilanz der aktuellen Situation für Betroffene rechter Gewalt.

Im Jahr 2015 hat die Mobile Opferberatung doppelt so viele Angriffe wie im Vorjahr registriert. Was bedeutet dieser Anstieg für die Arbeit der Berater_innen?

Saueremann: Wir stehen vor einer kaum noch zu bewältigenden Herausforderung. Denn trotz des enorm gestiegenen Bedarfs sind unsere Ressourcen noch immer nahezu auf dem Stand von 2014. Wir konzentrieren uns seit Monaten fast ausschließlich auf die akute Beratungs- und Unterstützungsarbeit und mussten andere wichtige Aspekte unserer Arbeit auf ein Minimum reduzieren.

Arndt: Um es noch konkreter zu machen: Wir können oft keine zeitnahen Beratungstermine mehr vergeben oder nur noch eingeschränkt in Zweiertteams und aufsuchend arbeiten. Auch gewünschte Begleitungen zu Behörden oder zu Ärzt_innen sind nicht immer realisierbar. Zudem haben wir viel zu wenig Zeit für Öffentlichkeitsarbeit oder für Recherchen, durch die wir in der Vergangenheit vielen Betroffenen Unterstützung anbieten konnten.

Saueremann: Umso wichtiger ist es natürlich, dass sich die Betroffenen und ihre Unterstützer_innen von sich aus an die Mobile Opferberatung wenden; denn auch wenn unsere Ressourcen am Limit sind, wollen wir niemanden mit den Folgen rechter und rassistischer Gewalt alleine lassen.

Wo ist der Anstieg am deutlichsten sichtbar?

Saueremann: Bei den von Rassismus Betroffenen und insbesondere bei den vielen Geflüchteten, die wir beraten und begleiten. Parallel ist auch die Zahl derjenigen gestiegen, die ins Visier von Neonazis geraten sind, weil sie sich für Geflüchtete engagieren oder öffentlich gegen rassistische Hetze stellen.

Und wie wirkt sich das auf Eure Arbeit aus?

Arndt: Nach Angriffen – beispielsweise auf Flüchtlingsunterkünfte – gibt es oft einen hohen Koordinierungsaufwand und einen großen Beratungsbedarf, weil wir mit vielen unterschiedlichen Betroffenen und oft auch schlechten Bedingungen vor Ort konfrontiert sind. Wir benötigen dann beispielsweise oft mehrere Dolmetscher_innen; außerdem sind wir fast immer mit mehreren Berater_innen involviert.

Saueremann: Und schon jetzt ist klar: Je mehr Betroffene wir im vergangenen Jahr und in diesem Jahr beraten, desto mehr Zeit werden wir in 2017 und 2018 für die Prozessbegleitungen benötigen. Denn es dauert oftmals Jahre, bis Gerichtsverfahren stattfinden oder endgültig beendet sind.

Welche Reaktionen gibt es von politisch Verantwortlichen, wenn die Mobile Opferberatung auf ihre Überlastung hinweist?

Arndt: Diejenigen Politiker_innen, mit denen wir darüber gesprochen haben, sehen zwar das Problem, aber haben uns bislang hingehalten bzw. verweisen aktuell auf die Mittelaufstockung des Bundesprogramms ab 2017. Wir haben die politisch Verantwortlichen im Land Sachsen-Anhalt immer wieder auf die prekäre Situation hingewiesen – aber ohne spürbare Resultate. Obwohl alle um die erhebliche Zunahme rassistischer und rechter Gewalt seit mehr als eineinhalb Jahren wissen, werden die Betroffenen von der Politik im Stich gelassen.

Was wäre notwendig, damit die Mobile Opferberatung weiterhin eine angemessene Unterstützung gewährleisten kann?

Arndt: Wir bräuchten mindestens eine Verdoppelung des Personals und der entsprechenden Sachmittel, also pro Anlaufstelle mindestens eine Vollzeitstelle mehr.

Sauermann: Weil das Kontingent unserer bezahlten Arbeitszeit bei weitem nicht ausreicht, leisten wir inzwischen vieles ehrenamtlich. Das ist – nicht zuletzt aus fachlicher Sicht im Sinne der Klient_innen und Kolleg_innen – ein auf Dauer untragbarer Zustand.

Arndt: Und dass die Mobile Opferberatung nicht auf Twitter oder Facebook präsent ist, liegt nicht daran, dass wir die sozialen Medien nicht nutzen, sondern weil wir schlichtweg nicht die Ressourcen haben, unsere Präsenz dort aufzubauen und sie dann auch zu pflegen.

Und wie sieht die Entwicklung im ersten Halbjahr 2016 aus?

Eskaliert die rechte Bedrohung noch weiter?

Arndt: Derzeit ist die Situation regional sehr unterschiedlich. In Halle beispielsweise sind die Angriffe in ihrer Anzahl und Gewalttätigkeit unverändert hoch – das haben wir zuletzt bei den beiden Angriffen auf alternative Jugendliche und junge Erwachsene auf der Ziegelwiese Anfang Mai und Anfang Juni gesehen, wo zwei Betroffene jeweils mit Messern attackiert und potenziell lebensgefährlich verletzt wurden.

Sauermann: Das vergangene Jahr war dadurch geprägt, dass im Vorfeld der Landtagswahlen an jedem Wochenende Kundgebungen oder Aufmärsche gegen geplante und neue Flüchtlingsunterkünfte stattfanden. Traurige Höhepunkte dieser vor Ort sehr dominanten rassistischen Mobilisierungen waren dann vielfach, wie beispielsweise in Tröglitz, Brandanschläge oder schwere Sachbeschädigungen. Weil die Anzahl der Neinzum-Heim-Aufmärsche derzeit geringer ist, kann der Eindruck entstehen, dass der Druck auf der Straße nachgelassen hat. Aber das täuscht: Die rassistischen Diskurse werden weitergeführt – in den sozialen Medien und vor Ort.

Welche Befürchtungen sind mit dieser Entwicklung verbunden?

Arndt: Wir befürchten, dass die „blinden Flecken“ wachsen werden: Also die Orte, in denen die Mobile Opferberatung aufgrund mangelnder Ressourcen nicht präsent sein kann und die Betroffenen rechter Gewalt sich nicht (mehr) oder erfolglos an die Strafverfolgungsbehörden wenden. Gleichzeitig befürchten wir, dass wir auch andernorts Entwicklungen wie in Burg sehen werden, d.h. Geflüchtete werden in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld angegriffen und niemand kann für ihren Schutz garantieren. Da ist leider noch viel Eskalationspotential.

Dann stößt einer der Angreifer den Kurden vor ein Auto, das dessen Fuß überrollt. Der Betroffene erleidet u.a. Kopf, Bein- und Schulterverletzungen. Drei Stunden später werfen drei Männer die Fensterscheibe des Imbiss ein, nur durch Zufall wird keiner der Kunden verletzt.

5. MAI OSCHERSLEBEN (BÖRDE)

Ein 15-jähriger Alternativer, der gegen 16 Uhr mit einem Freund unterwegs ist, wird von zwei Rechten erkannt und beleidigt. Dann stößt einer von ihnen den Schüler vom Fahrrad und schlägt den am Boden Liegenden mit Quarzhand-schuhen ins Gesicht. Der Betroffene erleidet eine Schädel-prellung und muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

5. MAI WEISSENFELS (BURGENLANDKREIS)

Ein Geflüchteter aus Guinea-Bissau wird gegen 17 Uhr auf dem Weg zu einem Freund auf dem Fußweg unvermittelt aus einer ca. zehnköpfigen Gruppe heraus getreten und geschlagen. Einer der Angreifer schlägt dem Betroffenen so heftig von hinten in den Nacken, dass er zu Boden stürzt und kurzzeitig das Bewusstsein verliert. Als er wieder zu sich kommt, sieht er, dass einzelne Mitglieder der Gruppe ihn noch mit "Halsabschneidegesten" bedrohen. Der Betroffene erleidet u.a. Gesichtsverletzungen und erstattet Anzeige.

5. MAI HALLE (SAALE)

Am sogenannten „Herrentag“ läuft eine Gruppe offensichtlich alkoholisierter Männer gegen 19:20 Uhr die Reilstraße entlang, als sie an der Straßenbahnhaltestelle "Zoo" eine Frau mit Kopftuch bemerken. Daraufhin schlägt einer der Unbekannten mit einer Bierflasche gegen die Scheibe des Wartehäuschens, wo die Frau mit ihrer Familie steht. Als die Gruppe weiterzieht, wirft eine Person aus ca. zehn Metern Entfernung einen Bierkrug in Richtung der Familie, der unmittelbar vor ihren Füßen zerschellt. Wenig später wirft ein Mann aus der Gruppe an der Haltestelle "Kurallee" einen Stein in Richtung von zwei weiteren Frauen, von denen eine ebenfalls ein Kopftuch trägt. Der Stein zerschlägt eine Scheibe des Haltestellenhäuschens direkt neben den Frauen. Dann kommt einer der Angreifer auf die verängstigten Frauen zu und schreit: "Jetzt machen die Ausländer auch schon die Scheiben kaputt!". Die alarmierte Polizei stellt schließlich in der Nähe mehrere Tatverdächtige fest.

26. MAI MAGDEBURG

In einer Straßenbahn beleidigt ein älterer Mann in Höhe der Haltestelle Steubenallee gegen 19:50 Uhr mehrere Menschen mit vermeintlichem Migrationshintergrund. Als eine Frau die Pöbeleien beenden will, greift der Unbekannte die 26-Jährige an. Jetzt eilen andere Fahrgäste der Betroffenen zu Hilfe und überwältigen den Angreifer. Die hinzugerufene Polizei ermittelt einen Atemalkoholwert von 1,92 Promille bei dem 60-jährigen Tatverdächtigen.

Sauermann: Zudem wachsen das Selbstbewusstsein und die Militanz der extremen Rechten und rassistischen Gelegenheitstäter_innen mit jedem Angriff, für den Täter_innen nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Die Rede ist immer wieder von einem erheblichen Wahrnehmungsdefizit der Behörden bei der Anerkennung rechter Tatmotive: Wie sieht das konkret aus?

Sauermann: Tröglitz ist nur ein prominentes Beispiel dafür, dass die Polizei weiterhin zahlreiche eindeutige Fälle nicht als PMK-Rechts wertet. So wurde auch der Angriff von sechs polizeibekanntem Rechten im Juli letzten Jahres in Halberstadt, die Parolen rufend Steine auf eine Notunterkunft für Geflüchtete geworfen und dabei eine DRK-Helferin verletzt hatten ebenso wenig als PMK-Rechts gewertet wie ein brutaler Angriff in Bitterfeld im April 2015: Neonazis überfielen eine Wohnung und verletzten statt des Punks, den sie dort vermuteten, einen Rentner schwer. Hinzu kommen Angriffe bei rechten Aufmärschen auf Journalist_innen. Nicht nur, dass diese vor Ort nicht geschützt werden, sondern sie werden von Polizeibeamt_innen häufig als Störfaktor wahrgenommen. Und diese Haltung setzt sich in der Nicht-Anerkennung der Motive für die Angriffe fort.

Und welche Entwicklung macht der Mobilen Opferberatung gerade am meisten Sorgen?

Arndt: Bei einigen Angriffen seit Jahresbeginn waren es wirklich nur glückliche Zufälle, dass die Betroffenen überlebt haben. Die Gewöhnung an diese Intensität von rechter Gewalt wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen.

Sauermann: Mir macht große Sorgen, dass die Solidarität mit Geflüchteten komplett an die Zivilgesellschaft abgegeben wurde und die Bundesregierung demgegenüber massive Gesetzesverschärfungen beschlossen hat, die einer Entsolidarisierung mit großen Gruppen von Schutzsuchenden gleichkommen. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, die es Geflüchteten ermöglichen, in Deutschland eine sichere Zuflucht zu finden und ihre Zukunft zu gestalten. Dazu gehören auch die angemessene Ausstattung der spezifischen Opferberatungsprojekte und ihre flächendeckende Verankerung. ■

Langfassung des Interviews unter www.mobile-opferberatung.de/infomaterial/newsletter/

VOR ORT:

RECHTE GEWALT IN BURG ESKALIERT

„Erneut mehrere politisch motivierte Straftaten“ lautete die Überschrift der Pressemitteilung, die das Polizeirevier Jerichower Land am 19. Juni 2016 verschickte. Eine Gruppe von mehreren Rechten hatte in einer Nacht mehrere Menschen rings um die Schartauer Straße und Martin-Luther-Straße im Stadtzentrum von Burg angegriffen. Zunächst versuchten die

4. JUNI HALLE (SAALE)

Eine Gruppe Rechter greift kurz nach Mitternacht mehrere Alternative an und verletzt dabei einen 24-Jährigen mit mehreren Messerstichen lebensgefährlich. Der 24-Jährige hatte mit Freunden – darunter zwei mit Dreadlocks – auf der Ziegelwiese gefeiert, als sich plötzlich fünf bis sechs dunkel gekleidete Männer neben sie stellen. Dann ruft einer der Unbekannten provokant, dass er Fascho sei und verlangt eine Zigarette. Als das mit Verweis auf seine politische Orientierung abgelehnt wird, beginnen die Rechten wahllos auf die jungen Männer aus der Gruppe einzuschlagen. Einem Alternativen gelingt es schließlich, seinen am Boden liegenden Freund vor weiteren Schlägen und Tritten zu schützen. Dann bemerkt der 24-Jährige eine offene Bauchverletzung und bricht zusammen. Freund_innen versuchen die Blutung zu stoppen und alarmieren den Rettungsdienst. Währenddessen sammeln sich viele Schaulustige in Tatortnähe. Eintreffende Polizist_innen zeigen sich überfordert, unterlassen es aber, Verstärkung anzufordern. Stattdessen ignorieren sie Hinweise der Betroffenen zur Anwesenheit von möglichen Tatverdächtigen. Als die Angegriffenen den Tatort verlassen wollen, wird einer von ihnen so geschubst, dass er sich an den Scherben einer Bierflasche verletzt. Aufgrund der weiterhin bedrohlichen Situation bitten die Betroffenen um Begleitung durch Polizeibeamte, was jedoch erst nach längeren Verhandlungen geschieht. Der Hauptbetroffene muss notoperiert werden. Die Polizei ermittelt u.a. wegen versuchten Totschlags.

Rechten gegen 1:20 Uhr, mit Gewalt in ein Wohnhaus einzudringen. Dann überfielen sie auf der Straße zwei Passanten. Gegen 2:45 Uhr traten die Angreifer die Wohnungstür eines syrischen Geflüchteten ein, dem es nur durch einen glücklichen Zufall gelang, die Rechten am weiteren Betreten der Wohnung zu hindern. Dennoch stellte die mehrfach alarmierte Polizei lediglich die Personalien der Angreifer fest und sprach Platzverweise aus. Kurzfristig in Gewahrsam genommen wurde die Gruppe erst, als sie gegen fünf Uhr morgens in der Wohnung eines der Rechten lautstark „Sieg Heil“ grölte und Neonazimusik hörte. In dem Plattenbaugebiet Martin-Luther-Straße, in dem mehr als ein Dutzend syrische Geflüchtete wohnen, hatten Betroffene schon zuvor von rassistischen Angriffen und Bedrohungen sowie zahlreichen Beleidigungen durch in der Nachbarschaft lebende Rechte und deren Umfeld berichtet. In der knapp 20.000 Einwohner_innen-Stadt Burg hat die Mobile Opferberatung seit September 2015 zwanzig rechts motivierte Körperverletzungen registriert. Dazu kommen acht politisch rechts motivierte Sachbeschädigungen und zahlreiche rassistisch und antimuslimisch motivierte sowie gegen politische Gegner_innen gerichtete Bedrohungen und Beleidigungen. Dabei setzten die Angreifer in mindestens vier Fällen auch Sprengkörper ein. Ein junger Mann, der sich gegen Neonazis engagiert, verlor bei einem dieser Angriffe einen Teil eines Fingers. Einem anderen wurden nur wenige Tage später zwei Rippen gebrochen.

MASSIVE EINSCHRÄNKUNGEN IM ALLTAG

Viele Geflüchtete berichten, dass sie im Alltag mit überdurchschnittlich ausgeprägten feindseligen Haltungen konfrontiert sind. Als Reaktion darauf, dass beinahe täglich als Muslime erkennbare Bewohner_innen einer Sammelunterkunft beleidigt, angespuckt oder bedroht werden, bewegen sich Geflüchtete häufig nur noch mit Fahrrädern durch die Stadt. Dezentral wohnende Familien erzählen auch von Herabwürdigungen gegen als Muslima erkennbare Frauen und Gewalt gegen Kinder. Mehrere geflüchtete Eltern haben deshalb entschieden, dass ihre Kinder die Wohnungen nicht mehr alleine verlassen dürfen. Insbesondere die Einkaufsstraße, aber auch Wohnblöcke in der Martin-Luther-Straße sind für viele Betroffene eine Angstzone. In einem dieser Blöcke wurden auch wiederholt mit Steinen die Fensterscheiben einer Familie eingeworfen, die sich gegen Rechts positioniert. Wie in vielen anderen Orten gründete sich auch in Burg vor den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 eine Facebook-Gruppe „gegen Asylmissbrauch“, die rassistische Hetze verbreitete. Die Gruppe mobilisierte vier Mal zu Aufmärschen gegen „Asylmissbrauch“ und „linke Gewalt“. Unterstützt wurden diese Versammlungen auch durch die Partei DIE RECHTE und deren Kreisvorsitzenden Ingo Zimmermann aus Burg. Im Anschluss an eine rechte Mahnwache am 19. Februar 2016 wurde dann ein als „linker Treffpunkt“ geltendes Gebäude angegriffen.

SELBSTORGANISIERTER WIDERSTAND GEGEN RECHTS

Doch es gibt auch Lichtblicke. Seit Ende April 2016 treffen sich zahlreiche von Rassismus Betroffene, um sich gegenseitig zu unterstützen und

5. JUNI STENDAL

Ein 22-jähriger Antifaschist, der ein T-Shirt mit einer Anti-Nazi-Aufschrift trägt, wird am frühen Abend von einem Fußgänger unvermittelt von hinten in den Rücken getreten und stürzt. Als er am Boden liegt, tritt der Angreifer ihm noch zweimal gegen Knie und Hand und beleidigt den 22-Jährigen als "Zeckenschwein". Nachdem der Betroffene sich zur Wehr setzt, flüchtet der Mann, auf dessen T-Shirt die Parole "Ich bin ein Nationalsozialist" prangt.

14. JUNI ROSSLAU (DESSAU-ROSSLAU)

Gegen 18 Uhr beleidigen und provozieren zwei Jugendliche an der Amtsmühle zwei 17- und 22-jährige syrische Geflüchtete mit rassistischen Parolen. Dann bewaffnen sich die Jugendlichen mit Holzlaten und schlagen auf die Betroffenen ein. Der 17-Jährige wird an der Hand, am Bauch und am Rücken verletzt. Die polizeibekannt, 17- u. 22-jährigen Angreifer standen unter erheblichem Alkohol- und Betäubungsmittelinfluss. Gegen sie wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

18. JUNI HALLE (SAALE)

In der Rannischen Straße wird ein 22-Jähriger gegen 2 Uhr plötzlich aus einer dreiköpfigen Gruppe heraus gefragt, ob er "eine Zecke" sei. Als er daraufhin flüchtet, holt ihn einer der Männer ein und schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht und

mit Aktionen nach Außen zu treten. Auch mehrere Kirchgemeinden, der „Runde Tisch gegen Rechts“ und die Burger Antifa wollen durch Gegenveranstaltungen zu rechten Demonstrationen, Aktionen der Begegnung oder praktische Unterstützung geflüchteter Menschen Zeichen gegen Rassismus und für Solidarität setzen. So wie auch Frau Housseini (Name geändert) aus Burg: Sie bietet Deutschen einen Arabischkurs mit anschließender gemeinsamer Begegnung an und hilft arabischsprachigen Migrant_innen durch Begleitung zu Ärzt_innen oder Übersetzung von amtlichen Schreiben. In Gesprächen betonen viele Engagierte und Geflüchtete, dass sie sich Unterstützung für ihre jeweiligen Formen der Selbstorganisation wünschen – um damit auch tragfähige Strukturen aufbauen und sich gegen Rassismus wehren zu können.

Und noch immer gilt: Durch politische Brandreden gegen Geflüchtete sehen sich neonazistische Brandstifter als Vollstrecker_innen eines vermeintlichen Volkswillens legitimiert. Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, kritisierte deshalb, Worte wie „Asylmissbrauch“ würden die Gefahr bergen, „eine Stimmung im Land zu fördern, die genau solche Auswüchse provozieren“ könne. ■

DOPPELT SO VIELE ANGRIFFE WIE IM VORJAHR: DIE JAHRESBILANZ DER MOBILEN OPFERBERATUNG 2015

234 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit 335 direkt Betroffenen hat die Mobile Opferberatung für das Jahr 2015 in Sachsen-Anhalt registriert. Damit hat sich die Zahl der bekannt gewordenen politisch rechts und rassistisch motivierten Angriffe im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt (2014: 120). Noch nie hat die Mobile Opferberatung seit Beginn ihres unabhängigen Monitorings vor mehr als 13 Jahren so viele Fälle rechter und rassistischer Gewalt registriert wie im vergangenen Jahr.

Konkret bedeuten diese Zahlen, dass an mindestens jedem zweiten Tag im Jahr 2015 in Sachsen-Anhalt Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer (vermeintlichen) Herkunft, ihrer sexuellen Identität, ihrer politischen Orientierung oder ihres sozialen Status angegriffen wurden. Dazu gehören Brandanschläge auf von Migrant_innen bewohnte Häuser ebenso wie eine sich rasant ausbreitende rassistische Gewalt und rechte Dominanz im Alltag: Geflüchtete werden beispielsweise beim Einkaufen in Supermärkten, auf dem Weg mit der Straßenbahn nach Hause oder auf offener Straße angegriffen. Massiv zugenommen haben auch Angriffe auf Menschen, die sich für eine demokratische Gesellschaft und gegen rassistische Hetze engagieren, wie beispielsweise im Zusammenhang mit Protesten gegen Magida- oder AfD-Aufmärsche.

ERHEBLICHES WAHRNEHMUNGSDEFIZIT

Auch das Innenministerium Sachsen-Anhalts konstatierte Ende März 2016 „mehr als eine Verdoppelung“ bei den rechtsmotivierten Gewalttaten. Jedoch hat es damit weniger als die Hälfte der von der Mobilien Opferberatung dokumentierten Angriffe registriert: für das Jahr 2015 geht das Innenministerium von 109 Fällen aus, während in 2014 lediglich 47 Gewalttaten von den Behörden als politisch rechts motiviert anerkannt wurden. Bei 93 Taten in 2015 habe es sich um Körperverletzungsdelikte gehandelt, wovon 64 als „fremdenfeindlich“ eingestuft worden seien (69 Prozent). Darüber hinaus seien fünf Brand- bzw. Sprengstoffdelikte dokumentiert worden, von denen drei gegen Flüchtlingsunterkünfte gerichtet gewesen seien.

Obwohl es sich bei 206 der von der Mobilien Opferberatung registrierten Angriffe um auch von der Polizei als Gewaltstraftaten zu wertende Delikte handelt, von denen den Ermittlungsbehörden mindestens 171 bekannt sind, hat das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt bislang nur 60 Prozent davon auch als politisch rechts motiviert eingestuft. Wie schon in den Vorjahren muss die Mobile Opferberatung deshalb von einem erheblichen Wahrnehmungsdefizit bei der offiziellen Anerkennung von rechten Tatmotiven ausgehen.

Doch trotz der hohen Dunkelziffer zeichnet auch die offizielle Statistik ein erschreckendes Bild von der Bedrohung, mit der viele Menschen in Sachsen-Anhalt konfrontiert sind: Neun Mal so viele politisch rechts motivierte Angriffe gegen im Bau befindliche, bestehende oder geplante Unterkünfte Geflüchteter oder ihre Bewohner_innen wurden von den Behörden registriert (2015: 71; 2014: 8). Neben den bereits genannten Brand- bzw. Sprengstoffdelikten hat das Innenministerium in dieser Kategorie sechs Körperverletzungsdelikte sowie 21 Sachbeschädigungen, 17 Volksverhetzungen, 15 Propagandadelikte, vier Beleidigungen und drei Bedrohungen erfasst.

STRAFTATBESTÄNDE UND SCHWERPUNKTREGIONEN

Bei insgesamt 196 Fällen – d.h. bei 84 Prozent der dokumentierten Fälle der Mobilien Opferberatung – handelt es sich um versuchte bzw. vollendete Körperverletzungen. Daneben hat das Projekt zehn Brandstiftungen sowie 21 Nötigungen bzw. Bedrohungen und sieben Sachbeschädigungen aufgrund der jeweils gravierenden Folgen für die Betroffenen in die Statistik aufgenommen.

Absoluter Schwerpunkt bei politisch rechts motivierter Gewalt in Sachsen-Anhalt war in 2015 die Stadt Halle (Saale) mit 75 Angriffen (2014: 19), darunter 23 antiziganistisch motivierte Gewalttaten, gefolgt von der Landeshauptstadt Magdeburg mit 43 Angriffen (2014: 11). Dahinter folgen die Landkreise Anhalt-Bitterfeld (23; 2014: 3), Börde (18; 2014: 4) sowie der Saalekreis mit 14 Gewalttaten (2014: 21). ■

zu Boden. Dann tritt der Angreifer noch gegen seinen Oberkörper und flüchtet. Der Betroffene wird u.a. mit einer Platzwunde am Kopf im Krankenhaus behandelt. Polizisten nehmen später einen 21-jährigen Tatverdächtigen fest.

19. JUNI BURG (JERICHOWER LAND)

Mehrere Personen treten gegen 2:45 Uhr die Tür eines 27-jährigen Syrer ein. Als der Betroffene aufwacht und zur Tür rennt, betreten mehrere Personen die Wohnung, darunter ein Rechter, der im Wohnblock lebt. In Panik gelingt es dem 27-Jährigen, die Eindringlinge aus dem Flur zu drängen. Wenig später stellen Polizisten die Personalien der Täter fest und sprechen Platzverweise aus. Drei Stunden danach feiert die Gruppe in einer Nachbarwohnung mit Rechtsrock und "Sieg Heil"-Rufen weiter. Die Rechten hatten den Betroffenen schon mehrfach rassistisch beleidigt und bedroht.

10. JULI BURG (JERICHOWER LAND)

Gegen 18:45 Uhr ist ein 15-jähriger irakischer Jugendlicher mit einem Freund unterwegs, als beide in der Schartauer Straße von einem Unbekannten als "Scheiß Kanacken" beschimpft werden. Dann schlägt der Mann dem 15-Jährigen mit der Faust ins Gesicht und flüchtet.

Auf der website www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

FILMTIPP: „DER KUAFÖR AUS DER KEUPSTRASSE“

Im Mittelpunkt des Films stehen die Opfer des NSU-Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße. Am Nachmittag des 9. Juni 2004 explodierte die Bombe vor dem Geschäft des Frisörs Özcan Yildirim. Schnell sehen die Ermittlungsbehörden ihn nicht als ein Opfer des Anschlags, sondern als potentiellen Täter. Er wird kriminalisiert und mit ihm die Menschen mit türkischen und kurdischen Wurzeln, die in der Straße leben und arbeiten.



Erst mehr als sieben Jahre nach dem verheerenden Anschlag, bei dem 22 Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden, enttarnt sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) selbst. Durch den ersten NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag und den Prozess am OLG München, aber auch durch die Selbstorganisation der Betroffenen und die Mobilisierung der „Initiative Keupstraße ist überall“ wird offenbar, wie umfassend die Kriminalisierung der Betroffenen durch die polizeilichen Ermittlungen war.

In dem Film dokumentiert der Kölner Filmmacher Andreas Maus die polizeilichen Originalverhöre der Opfer und lässt die Betroffenen, darunter Özcan Yildirim ausführlich zu Wort kommen. Der Film zeichnet sich dadurch aus, dass er die Opferperspektive in den Mittelpunkt stellt – die in der Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex oft in den Hintergrund rückt – und dass er die Mechanismen von institutionellem Rassismus offen legt. <http://www.realfictionfilme.de/filme/der-kuafuer-aus-der-keupstrasse/index.php> | Andreas Maus, D 2015, 90 Minuten

LESETIPP:

„GLOSSAR DISKRIMINIERUNGSENSIBLER SPRACHE“

Das „Glossar der Neuen deutschen Medienmacher – Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland“ gibt praktische Tipps und Formulierungsvorschläge für einen diskriminierungssensibleren Sprachgebrauch. Die knapp 50 Seiten umfassende Broschüre stellt Fragen nach der Abgrenzung zwischen den Konstruktionen „Wir und die Anderen“. Und sie bietet Kapitel zu den Themen Migration, Kriminalität, Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden sowie Flucht und Asyl. Von „Afrodeutsche“ über „Flüchtlingskrise“ bis zu „Zionismus“ erläutert das Glossar im Stil eines Lexikons Begriffe und zeigt anhand von Beispielen auf, wie mit Sprache diskriminierende Bilder und Assoziationen geschaffen werden. Die Autor_innen machen deutlich, dass jede_r beim Sprechen und Schreiben gewollt oder ungewollt Position bezieht und eine neutrale Ausdrucksweise kaum möglich ist. Sie verdeutlichen so, dass Sprache Einfluss auf die Konstruktion gesellschaftlicher Realitäten hat – und zeigen anschaulich, wie sie Gegenstand ständiger gesellschaftlicher Aushandlung ist: Zum Lesen und Nachschlagen für alle, denen es wichtig ist, über Sprache zu reflektieren und bewusst mit ihr umzugehen.

Das Glossar zum Download: www.neuemedienmacher.de/download/NdM_Glossar_www.pdf

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

- ▶ Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.
- ▶ Wir sind unabhängig und parteilich.
- ▶ Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt sowie Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- ▶ Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

SALZWEDEL

Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 6 20 77 52
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE

Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de